Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/28
06.09.2012

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

2. Sitzung (öffentlich)

6. September 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Belastungsausgleichgesetz Jugendhilfe – BAG-JH) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/128

– Aussprache 6

2 Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen – Verantwortung des Landes wahrnehmen 7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/44

Zuschrift 16/52

– Aussprache 7

3 Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Kinderbildungsgesetzes 10

Vorlage 16/72

– Ministerin Schäfer [MFKJKS] berichtet 10

– Aussprache 11

4 Aktueller Sachstand U3-Ausbau 14

Vorlage 16/116

– Aussprache 14

5 Task-Force U3-Ausbau – Erste Zwischenbilanz 33

Vorlage 16/117

– Aussprache 33

6 Pläne der Landesregierung zur Überprüfung der Sprachförderung im Zuge der zweiten Stufe der KiBiz-Reform 35

Vorlage 16/115

– Aussprache 35

7 Verschiedenes 37

a) Terminplan für die zweite Jahreshälfte des Jahres 2012 37

b) U-Untersuchungen 37

c) Obleuterunde 37

* * *

5 Task-Force U3-Ausbau – Erste Zwischenbilanz

Vorlage 16/117

Vorsitzende Margret Voßeler weist auf den Wunsch der CDU-Fraktion hin, zum Thema des Tagesordnungspunktes einen Bericht erstattet zu bekommen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) möchte wissen, welche personellen Ressourcen das Ministerium zur Bearbeitung der Anfragen zur Verfügung gestellt habe. Ihn habe die hohe Anzahl an Rückfragen betreffend Finanzierungsangelegenheiten erstaunt. Weshalb stelle sich dieser Bereich so problematisch dar?

Für Unsicherheit, so **Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS),** habe die Forderung des Landesrechnungshofes gesorgt, dass zwischen Ü3-Investitionen einerseits und U3-Investitionen andererseits spezifiziert werden solle. Das sei auf kommunaler Ebene nicht ganz leicht gewesen. Die Task-Force habe dabei geholfen, in diesem Zusammenhang für die nötige Klarstellung zu sorgen.

Der Task-Force gehörten drei Mitarbeiter des Ministeriums an. Außerdem drei Ruheständler, die in den spezifischen Bereichen gearbeitet hätten. Diese Personen seien nebenamtlich tätig.

Daniel Düngel (PIRATEN) kommt auf die "Erfolgsquote" zu sprechen: Die Rede sei von 500 Anfragen, davon die Hälfte zu Finanzierungsfragen. Er gehe bezüglich solcher Finanzierungsfragen von einer hundertprozentigen Erfolgsquote aus, handele es sich doch in der Regel um bloße Verständnisfragen.

Angesichts der in Rede stehenden 80-Prozent-Quote verbleibe ein Anteil von etwa 100 "ungelösten Fällen". Im Verhältnis zur Gesamtzahl bedeute dies einen doch recht hohen Anteil von 40 Prozent. Könne angesichts dessen noch von einem Erfolg der Task-Force gesprochen werden?

Jens Kamieth (CDU) möchte wissen, ob es bezogen auf die Anfragen regionale Unterschiede geben. Existierten Unterschiede aus Bezirken mit Städten mit eigenen Jugendämtern gegenüber Kreisen?

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) gibt zu bedenken, dass die Task-Force im Grunde genommen in kommunale Angelegenheiten eingreife. Darum sei sie allerdings auch gebeten worden. Vor diesem Hintergrund empfinde sie die Erfolgsquote von 80 Prozent als sehr ordentlich. Sie erreichten sehr positive Rückmeldungen zur Task-Force, auch wenn diese nicht jedes Problem lösen könne.

Eine regionale Verteilung könne nicht abgebildet werden. Rückfragen kämen sowohl aus Städten mit eigenen Jugendämtern wie auch Kreisen. Probleme seien oftmals dann am schnellsten gelöst worden, wenn sich alle – auch diejenigen, die vorher nicht miteinander kommuniziert hätten – an einen Tisch gesetzt hätten.